

# Protokoll

des Landesbeirates zur Teilhabe  
von Menschen mit Behinderungen Schleswig-Holstein.

**38. Sitzung**  
**9. Dezember 2024**  
15:30 – 17:40 Uhr

## Teilnehmende

### Mitglieder

- Christian Sach
- Thomas Bartels
- Michael Niemann
- Ralf Paulsen
- Martina Scheel
- Anna-Maria Koolway
- Marcus Haß
- Thies Teegen
- Niels Luithardt
- Marion Mahl Zahn
- Jürgen Trinkus
- Tanja Speck
- Fritz Bremer
- Petra Jütting
- Janine Kolbig
- Andreas Kölln
- Esther Zelenka
- Silke Engel
- Karin Pfeiffer
- Mathias Krasa (online)

### Beratende Mitglieder

- Klaus Rienecker
- Nicole Knudsen

### Gäste

- Eka von Kalben
- Christian Dirschauer
- Birte Pauls
- Dagmar Hildebrand
- Moritz Magnussen
- Claudia Schallert
- Jens Handler
- Henrike Bleck
- Ursula Hegger

### Weitere

- Michaela Pries (Vorsitzende)
- Im Weiteren nahmen Assistenzkräfte, Dolmetscher\*innen und Besucher\*innen an der Sitzung teil.

# 1. Begrüßung

Michaela Pries begrüßt die anwesenden Gäste, die Mitglieder und insbesondere die eingeladenen Mitglieder des Landtages Eka von Kalben, Birte Pauls und Christian Dirschauer ganz herzlich.

# 2. Austausch mit den Abgeordneten

Die Mitglieder des Landtages stellen sich persönlich und die Themen, die sie aktuell im Kontext der Situation von Menschen mit Behinderungen bewegen, vor.

Christian Dirschauer berichtet, dass er sich seit längerem proaktiv mit der Thematik der Inklusion in verschiedenen Themenfeldern im Kontext der Umsetzung der UN-BRK beschäftige. Dabei seien die Erhöhung des Landesblindengeldes und die Einführung eines Gehörlosengeldes die aktuellen Themen. Insgesamt falle Deutschland bei der Umsetzung der UN-BRK zurück, es gebe noch viele Aufgaben, z.B. die medizinische Versorgung oder die Situation für Kinder mit Behinderungen in den KiTas. Er freue sich über den intensiven Austausch mit dem Landesbeirat und bittet um weiteren Input aus der Sicht der Experten in eigener Sache.

Eka von Kalben freut sich ebenfalls über den Input aus dem Landesbeirat. Sie habe auch Einrichtungen besucht und durch den Austausch mit den Selbstvertretungen bereits unfassbar viel gelernt. Es sei wichtig nun Aspekte aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Dies sei jedoch aktuell nicht einfach. Sie teilt als einen Erfolg mit, dass die Dolmetscherkosten zukünftig erhöht werden.

Für 2025 setze sie inhaltlich folgende Schwerpunkte:

- Diskriminierung und Antidiskriminierung
- Neurodiversität / psychische Erkrankungen
- Gynäkologische Versorgung
- Inklusiver Arbeitsmarkt / WfbM.

Birte Pauls berichtet, dass sie aufmerksam die Protokolle des Landesbeirates verfolge. Die SPD habe bereits eine große Anfrage zum Thema Frauengesundheit einschließlich der gynäkologischen Versorgung gemacht. Das MZEB gehe an den Start, dies sei eine gute Sache. Die Situation von Menschen mit Schwerbehinderung auf dem Arbeitsmarkt wurde durch eine kleine Anfrage bewegt. Ein weiteres Thema sei der Personalmangel im sozialen Bereich, insbesondere in besonderen Wohnformen. Außerdem bewege sie der Bereich Pflege besonders, vor allem Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige und fehlende Kurzzeitpflegeplätze für Kinder. Ein guter Austausch finde aktuell zum Thema Sterbebegleitung in der EGH an der Schnittstelle zu Hospizen statt. Die Reform des Entgeltes in den Werkstätten sei

ebenfalls ein wichtiges Thema, falle aber derzeit der schwierigen politischen Situation auf der Bundesebene zum Opfer.

Dagmar Hildebrand kommt später dazu, wird von Michaela Pries ebenfalls herzlich begrüßt und stellt sich danach ebenfalls vor. Sie nehme in Vertretung für Andrea Tschacher teil und sehe große Herausforderungen in der Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie freue sich auf einen guten Austausch.

Michaela Pries bedankt sich für die Ausführungen und führt in die Vorstellung der inhaltlichen Themen ein.

Grundsätzlich gebe es eine Vielfalt von Themen, die man mit den Mitgliedern des Landtages besprechen könne. Man habe sich daher fokussieren müssen und der Landesbeirat habe drei zentrale Themenbereiche ausgewählt. Ihr sei es wichtig zu betonen, dass der Landesbeirat nach dem LBG ein unabhängiges Gremium sei, dass die Interessen der Selbstvertretung vertritt und die Landesbeauftragte berät. Die Landesbeauftragte habe die Geschäftsführung, es sei aber durchaus so, dass zu den Themen inhaltlich unterschiedliche Meinungen bestehen.

## **2.1 Thema 1: Landesfachstelle Barrierefreiheit**

Martina Scheel berichtet zu dem dazu erstellten Positionspapier des Landesbeirates und stellt die wichtigsten Aspekte heraus:

In SH fehle eine Struktur, eine Anlaufstelle, die den Wissenstransfer zum Thema Barrierefreiheit für gestaltete Lebenswelten sicherstellt. Andere Bundesländer hielten diese Struktur bereits vor. Die Umsetzung von Barrierefreiheit scheitere häufig an der Komplexität und fehlendem Knowhow. Insbesondere für öffentliche Stellen sei eine kompetente Beratung notwendig, daher brauche es die Landesfachstelle für Barrierefreiheit in SH.

Das Positionspapier ist in der Anlage beigefügt.

### **2.1.1 Ergebnisse der Diskussion:**

Eine Verankerung im LBG wäre wichtig. Im ersten Schritt ist nur die Beratung öffentlicher Stellen geplant. Der Bedarf für eine Landesfachstelle besteht, da in den Kommunen immer wieder Überforderungen in der Umsetzung von Barrierefreiheit deutlich werden.

Das Positionspapier ist nicht neu, aber es sind noch keine konkreten Schritte zur Umsetzung erfolgt. Grundsätzlich gibt es eine große Offenheit für die Umsetzung. Es geht um die Entwicklung von Umsetzungsparametern, um die Frage einer geeigneten Struktur für SH, auch um Doppelstrukturen zu vermeiden. Denkbar wäre, dass Mitarbeitende der Landesbeauftragten Teile der Tätigkeiten einer Fachstelle

übernehmen (abgegeben bzw. geteilt würden). Es sollte eine effektive Verknüpfung mit den Aufgaben der Landesbeauftragten geben. Wichtig wäre der Aufbau einer guten Vernetzung mit der kommunalen Ebene.

Grundsätzlich benötigt man in einer Landesfachstelle mindestens drei Professionen für die Bereiche bauliche Barrierefreiheit, digitale Barrierefreiheit und für barrierefreie Mobilität/ Verkehr. Dies wäre auch eine Voraussetzung, um von der Bundesfachstelle als Landesfachstelle anerkannt zu werden.

Strukturell könnte man sich an anderen Bundesländern (z.B. Niedersachsen und Thüringen) orientieren, müsste aber die regionalen Besonderheiten berücksichtigen.

## **2.2 Thema 2: Beschwerdestelle / Clearingstelle Eingliederungshilfe**

Thomas Bartels stellt - ergänzt von Ursula Hegger - die bestehenden Probleme bei der Umsetzung der Leistungen der Eingliederungshilfe vor. Dabei werden grundsätzliche Probleme, Probleme in der Umsetzung des Gesamt- / Teilhabeplanverfahrens und Probleme in der Durchsetzung von Rechtsansprüchen dargestellt.

Es sei festzustellen, dass der neue Geist des Bundesteilhabegesetzes in den Verwaltungen nur zum Teil angekommen ist und es insbesondere an dem damit verbundenen Haltungswechsel gegenüber Menschen mit Behinderungen fehle. Das neue SGB IX sei als Gesetz gut, aber die Umsetzung habe deutlich Luft nach oben. Gerade in den Zeiten leerer werdender Kassen, brauche es eine entsprechende Haltung, um gemeinsam nach guten Lösungen und Kompromissen zu suchen.

Insbesondere werde vermisst, dass der § 106 SGB IX Beratung und Unterstützung gut umgesetzt wird. Für Menschen mit Behinderungen seien Antragstellungen bei der Eingliederungshilfe und anderen Behörden hochschwierig und die Wahrnehmung der eigenen Rechte in Verwaltungsverfahren schwierig umsetzbar. Anstatt dabei umfassend zu beraten und zu unterstützen -wie im Gesetz vorgesehen- werde nicht selten versucht im Vorwege Antragstellungen mündlich zu verhindern oder es würden Absagen per Telefon - und damit ohne rechtsmittelfähige Bescheide - erteilt.

Bei der Nichteinhaltung von vereinbarten Ziele, werde vermehrt wahrgenommen, dass EGH Leistungen reduziert werden oder in andere Leistungssysteme verschoben werden sollen. Die im Gesetz festgelegten Fristen würden häufig nicht eingehalten. Auch käme es vermehrt zu ablehnenden Bescheiden. Bei der Beteiligung von rechtlichen Betreuern und Betreuerinnen wären die Ergebnisse häufig besser.

Insgesamt sei dies für Menschen mit Behinderungen belastend und emotional schwierig. Helfen würden eine entgegenkommende Haltung und eine entsprechende Willkommenskultur z.B. auf den Homepages.

Die Idee zu der Notwendigkeit einer Beschwerdestelle/Clearingstelle Eingliederungshilfe mit Beteiligung von qualifizierten Peers sei im Landesbeirat entstanden und im Arbeitskreis Eingliederungshilfe des Landesbeirates besprochen worden.

Es wird durch einen solche Stelle die Chance zur Weiterentwicklung der Systeme der Leistungsgewährung durch konstruktive Kritik gesehen. Auch Bedarfe an einer Weiterentwicklung von Leistungen könnten so besser in den Blick kommen. Der Einbezug qualifizierter Peers sei besonders wichtig, da es sehr häufig zu Kommunikationsproblemen komme und Peers eine Übersetzungsfunktion ausüben und eine emotionale Unterstützung der Menschen mit Behinderungen leisten könnten.

### **2.2.1 Ergebnisse der Diskussion:**

Aus der Runde wird das Anliegen von verschiedenen Seiten unterstützt. Der Paradigmenwechsel durch das BTHG habe bisher kaum stattgefunden. Die EUTB's beraten und unterstützen bereits ergänzend. Auch bei den Mitgliedern des Landtages kommen entsprechende Fallkonstellationen immer wieder an. Die Absicht des BTHG „Leistungen aus einer Hand“ werde bisher kaum umgesetzt.

Im Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten würden diese Problembereiche regelmäßig bestätigt. Die Bürgerbeauftragte sei bereits in dieser Richtung tätig und es sei keine Infragestellung der Tätigkeit der Bürgerbeauftragten mit dem Anliegen verbunden. Vielmehr sei die Frage, was im System noch fehle, damit die Leistungsgewährung der EGH wahrnehmbar besser gelingen kann. Die Bürgerbeauftragte sei bereits zum Austausch über ihre Aufgaben in die nächste Sitzung des Landbeirates eingeladen worden.

Ein Mitglied berichtet, dass in der eigenen Beratung immer der Kontakt zur Bürgerbeauftragten empfohlen werde. Von 15 Personen im letzten Jahr sei aber nur eine Person erfolgreich in Kontakt gekommen. Dies liege auch an einer schweren Erreichbarkeit der Bürgerbeauftragten. Das Angebot sei eher hochschwierig. Viele Personen würden resignieren, sich nicht wehren und schnell aufgeben. Daher sei eine vorgeschaltete „Vermittlungsstelle“ zur Vermeidung der Rechtswege mit dem Ziel gütliche Einigungen herbeizuführen, zu unterstützen.

Grundsätzlich ist zu klären, wie das Anliegen des Landesbeirates aufgegriffen werden kann. Es wird eine gemeinsame Diskussion mit der Bürgerbeauftragten empfohlen, insbesondere um den Aufbau von Doppelstrukturen zu vermeiden.

Weitere Maßnahmen könnten daneben sein: Nachschulungen der Mitarbeitenden in den Behörden, Änderung der Ausbildungsinhalte in der Fachhochschule Altenholz (z.B. persönliche Kontakte zu Menschen mit Behinderungen herstellen), Beschäftigung von qualifizierten Peers in den Kommunen vor Ort.

## 2.3 Thema: Gesundheitliche Versorgung

Michael Niemann berichtet anhand des beigefügten Papiers zum Thema. Dabei werden die zentralen Themen vorgestellt. Insgesamt sei der Themenkomplex sehr groß und es gebe auch innerhalb der Mitglieder des Landesbeirates unterschiedliche Bewertungen und Schwerpunktsetzungen dazu.

Vorrangige Themenfelder seien:

- Qualifizierung der Ärzteschaft und des Fachpersonals
- Barrierefreiheit im Gesundheitssystem
- Stationäre Versorgung/ Assistenz im Krankenhaus
- Medizinische Versorgungszentren für Erwachsene Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (MZEB)
- Daten- und Bedarfsorientierung als Grundsatz und
- Bildung eines Expertengremiums.

Die weiteren Inhalte sind der beigefügten Anlage zu entnehmen.

### 2.3.1 Ergebnisse der Diskussion:

Es werden die besonderen Probleme von Menschen mit Hörbehinderung und Schwerhörigkeit ergänzt. Hörgeräte würden im Krankenhaus häufig verloren gehen und eine Datenerfassung über eine Schwerhörigkeit sei aufgrund fehlender Spalten in der üblicherweise verwendeten Datei nicht möglich. Schulungen des Personals und eine Erweiterung der Datei seien notwendig.

Menschen mit Behinderungen seien im Gesundheitswesen strukturell benachteiligt, da es keine freie Arztwahl gebe. Das MZEB könne nicht jeden Bedarf decken. Es sei ein guter Anfang, aber die gynäkologische Versorgung sei weiterhin ein großes Thema.

Ein Mitglied stellt dar, dass es lediglich in Bremen eine Frauenarztpraxis gebe, die die notwendige Ausstattung für ihren Bedarf habe. Daher seien auch die üblichen Vorsorgeuntersuchungen nicht durchführbar. Ein sehr großes Thema sei nach wie vor die Haltung gegenüber Menschen mit Behinderungen. Sexualität werde häufig abgesprochen, die Kommunikation erfolge mit den Assistenzen.

Ein Mitglied berichtet von den großen Problemen pflegender Angehöriger, die die häufig notwendigen weiten Wege zu Ärzten und Kliniken kaum bzw. aufgrund des eigenen Alters nicht mehr bewältigen können.

Grundsätzlich gebe es einen Behandlungsauftrag unabhängig von den Merkmalen einer Person. Man könne Ärzte aber nicht zwingen und zu bestimmten Leistungen verpflichten. Grundsätzlich wird angeregt, Ausbildungsinhalte im Gesundheitswesen um die besonderen Anforderungen bei der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderungen zu ergänzen.

Auch bezüglich der Barrierefreiheit gäbe es noch große Aufgaben. So seien auch in neuen Gebäuden Aufzüge zum Teil so eng, dass sie von Personen in E-Rollis nicht befahren werden können.

Michaela Pries bedankt sich sehr für den intensiven Austausch und fragt die anwesenden Mitglieder des Landtages, welche Wünsche an den Landesbeirat für die Zukunft bestehen.

## 2.4 Wünsche an den Landesbeirat:

**Birte Pauls** bedankt sich für den Austausch und die gute Auswahl der Themen. Sie wünscht sich regelmäßig in Kontakt mit dem Landesbeirat zu bleiben und bietet daneben auch einen direkten persönlichen Kontakt an. Insgesamt sollte der Landesbeirat so weitermachen wie bisher. Inhaltlich wird ein weiterer Austausch zum Thema inklusiver Arbeitsmarkt und Beratung der Arbeitgeber gewünscht. Außerdem sei ihr das Thema der Schnittstelle Hospiz und EGH in besonderen Wohnformen wichtig.

**Eka von Kalben** bedankt sich ebenfalls. Der Austausch sei sehr hilfreich und auch Einzelkontakte würden sehr helfen. Thematisch sei sie an einem Austausch zum Thema Arbeitsmarkt und Rolle der WfbM sowie zur Reform des Werkstattlohns interessiert.

**Christan Dirschauer** freut sich ebenfalls über den regelmäßigen Austausch und wird gerne weiter an den Sitzungen des Landesbeirates teilnehmen. Thematisch würde er das Thema Gesetzentwurf Stellung der kommunalen Beauftragten wieder in den Blick nehmen.

**Dagmar Hildebrand** drückt auch einen großen Dank für den Austausch aus. Es seien noch sehr dicke Bretter zu bohren und deshalb wünsche sie sich weiterhin im Austausch zu bleiben. Insgesamt sei eine weitere Sensibilisierung für die Themen in der Gesellschaft nötig.

## 3. Verschiedenes und offener Ausklang

Thomas Bartels gibt den Impuls aufgrund der bevorstehenden Bundestagswahl ein gemeinsames Statement des Landesbeirates „Wählt demokratisch!“ zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Er bittet die Geschäftsführung des Landesbeirates, dies zu unterstützen.

Michaela Pries bedankt sich insbesondere bei den Mitgliedern des Landtages und lädt alle Anwesenden dazu ein, in ein informelles Beisammensein mit Kaffee und Kuchen

überzugehen und die Sitzung mit einem offenen Ausklang als Jahresabschluss zu beenden.

Vorab bedankt sie sich sehr für die intensive Zusammenarbeit im Landesbeirat im letzten Jahr und wünscht allen Mitgliedern und Gästen eine sehr schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

## 4. Anlagen

1. [Positionspapier zur Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit in Schleswig-Holstein](#)
2. Ergebnispapier „Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen“

**Protokoll:** Ursula Hegger